

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hülsen- und chemischen Industrie

Vertrieb: monatlich Samstag. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Anzeigenpreis die Geheft. Colonne für Arbeiterzeitung 75 Pf. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Veröffentlichung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 655. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigenannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 49.

Duisburg, den 7. Dezember 1918.

19. Jahrgang

Ein deutsch-demokratischer Gewerkschaftsbund

Am Fuß- und Vortag wurde in Berlin im Lehrerbereinshaus ein deutsch-demokratischer Gewerkschaftsbund gegründet, dem sich sofort eine Reihe von Arbeiter- und Angestelltenverbänden mit 1 1/2 Millionen Mitgliedern angeschlossen. Darunter der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, die Christ-Dunderschen Gewerkschaften, der Deutsche Techniker-Verband und das Reichsstatell der Beamtenverbände. Die politische Umwälzung in der letzten Zeit gab den entscheidenden Anstoß zu der Gründung.

Folgendes vorläufige Programm lag den Beratungen zugrunde, dem die Versammlung ihre Zustimmung gab:

1. Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung.
2. Ein groß-deutsches Reich als Wirtschaftseinheit mit wirklich demokratischer Verwaltung und Verfassung.
3. Gleichheit aller hinsichtlich der staatsbürgerlichen Rechte.
4. Freie Wahl der Ämter in Staatsleitung, Verwaltung, Kunst und Wissenschaft.
5. Organische und planmäßige Sozialisierung unserer Wirtschaft unter Aufrechterhaltung der persönlichen Initiative und Ämterfähigkeit sowie der Weltkonkurrenzfähigkeit.
6. Unbedingte Mitwirkung der Gewerkschaften und Berufsvereine bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung, insbesondere bei der Sozialisierung einzelner Industrie- und Gewerbegebiete.
7. Garantie der Bezüge und Pensionen aller Staatsbediensteten.

Generalsekretär Stegerwald hielt den einleitenden Vortrag. Er wies auf die gewaltigen Umwälzungen hin, in denen wir uns befinden. Die Demokratie gelange zur Herrschaft auf allen Gebieten. Unserer hochkapitalistischen Entwicklung müsse durch sozialistische Maßnahmen eine andere Richtung gegeben werden. Der Mensch sei in den Mittelpunkt allen Geschehens zu stellen. Zu fordern sei jedoch, daß der freien Initiative genügend Spielraum bleibe, daß nicht durch unüberlegte Experimente unserer Volkswirtschaft unheilbarer Schaden zugefügt werde, sozialdemokratisches Doktrinärismus dürfe man sie nicht ausliefern. Entschieden müsse man sich gegen die Arbeiter- und Soldatenratswirtschaft wenden, die ein unheilbares Durcheinander anstiftet. Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat könne nicht das Recht beanspruchen, das ganze deutsche Volk nach seiner Willkür zu behandeln. Alle vernünftigen und besonnenen Kräfte seien zusammenzufassen, um aus dem bereits vorhandenen Chaos herauszukommen.

Generalsekretär Hartmann von den Christ-Dunderschen Gewerkschaften behandelte die praktische Seite der Aufgaben des deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes.

Die Grundlage zu einer erfolgreichen Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten bei dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft bildet die Anerkennung einer tatsächlichen Kooperationsfreiheit, die jedermann die Gewähr bietet, sich nach seinen Anschauungen und Bedürfnissen organisieren zu können.

Die Kriegsteilnehmer sind möglichst an ihren früheren Arbeitsplätzen, die sie vor ihrer Einberufung inne hatten, weiterzubeschäftigen.

Für die Kriegesbeschädigten sind Löhne und Gehälter zu zahlen, die ihren Leistungen entsprechen, ohne Rücksicht auf ihre Rente. Den Arbeitgebern sind je nach ihrer Bedeutung Verpflichtungen zur Beschäftigung von Kriegesbeschädigten aufzuerlegen.

Als wichtigstes Erfordernis der nächsten Zeit ist die positive Regelung des Arbeitsrechts zu erachten, die dem Grundgedanken der Gleichberechtigung aller Staatsbürger Rechnung tragen muß, mit dem Ziel der Gewährung eines möglichst großen Maßes von persönlicher Freiheit für jeden einzelnen. Dies gilt sowohl für Privatbetriebe wie auch für Kommunal- und Staatsbetriebe.

Für Landarbeiter und Diensthofen ist an die Stelle der aufgehobenen Gefolgsordnung ein neues Landarbeiterrecht bzw. Dienstrecht zu schaffen, das den Arbeitnehmern dieser Berufe dieselben Vergünstigungen verschafft, wie sie für gewerbliche und industrielle Arbeitnehmer erforderlich sind. Das gewerbliche Einigungsweesen ist auszubauen und durch ein Reichseinigungsamt zu vervollständigen.

Das soziale Versicherungsweesen ist durch Einführung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung, durch Übernahme der Wohnungsinnenunterstützung in die Reichsversicherungsordnung, durch Ausdehnung der Kranken- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden und durch Ueberweisung der Landarbeiter in die allgemeinen Ortskrankenkassen, unter Aufhebung der Landkrankenstellen, zu vervollständigen.

Durch die Einführung des achtstündigen Arbeitstages wird die Schaffung eines Gesetzes notwendig, das den industriellen Verhältnissen unseres Landes Rechnung trägt und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie mit dem Auslande möglichst sichert. Der Achtstundentag ist im Friedensvertrag international festzusetzen.

Die Umwandlung der Dinge macht die organische Weiterentwicklung des Arbeiterschutzes und die praktische Fürsorge für die Arbeitnehmer nicht überflüssig, sondern sie erfordert auch für die Zukunft die rege Aufmerksamkeit aller Kreise.

Die Sozialisierung der Betriebe kann nur allmählich unter Beachtung aller Maßnahmen erfolgen, durch die die Leistungsfähigkeit unserer Industrie und unseres Handels nicht

unterbunden wird und die unsere Konkurrenzfähigkeit nicht beeinträchtigt.

Die stielischen Landgüter sind zum Zwecke einer durchgreifenden Ansiedlung von Landwirten aufzutreten und in Erbpacht oder Kauf zu angemessenen Preisen abzugeben. Bei großen Privatgütern ist ein Mindestteil derselben ebenfalls zu Siedlungszwecken bereitzustellen.

Vor der Einführung neuer sozialpolitischer Gesetze sind die Berufsorganisations zur Mitwirkung heranzuziehen.

Die Vertreter der anwesenden Verbände gaben in kurzen Erklärungen ihre Zustimmung zu den gemachten Ausführungen. Möge der deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund eine segensvolle Tätigkeit im Interesse der Arbeiter und Angestellten entfalten.

Um Ordnung und Brot

Der deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund, dem der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Verband der deutschen Gewerkschaften (D.-G.), der Allgemeine Eisenbahnerverband, das Reichsstatell der Staatsangestellten, der Verband preussisch-hessischer Lokomotivführer, der Verband deutscher Privatbahnbeamten, der Deutsche Technikerverband, der Verband deutsch-nationaler Handlungsgehilfen usw. angeschlossen ist, erläßt folgenden Aufruf:

Das deutsche Volk steht vor ungeheuren Aufgaben. 1. Das Reich droht auseinanderzufallen. Die Diktatur des Berliner UEN als Reichsregierung wird im Lande als des deutschen Volkes unwürdig und unerträglich empfunden. Unsere süddeutschen Volksgenossen sind bereits daran, sich zu einer selbständigen Staatsgemeinschaft zusammenzuschließen. 2. Die Gefahr eines Hungersnot rückt immer näher. Unser Eisenbahnmateriale bedürftigen wir für den schnellen Militärtransport der Truppen. Fast ein Fünftel unserer Güterzüge und Lokomotiven müssen wir unseren erbarmungslosen Feinden überlassen. Dann fehlen die Verkehrsmittel für eine geregelte Lebensmittelversorgung. Die Entente lehnt Milderungen ab. Sie selbst will nicht eher Lebensmittel liefern, bevor in Deutschland feste staatliche Verhältnisse geschaffen sind. 3. Es droht Gefahr, daß unser Vaterland von feindlichen Truppen besetzt wird. Die Waffenstillstandsbedingungen sind zu brutal, um ausgeführt werden zu können. Die Feinde lauern darauf, bei uns Ordnung zu schaffen. Das bedeutet eine Schmach und die Vernichtung für das deutsche Volk.

Wir dürfen nicht ruhig zusehen, daß, wie in Rußland, alles zerstört wird. Wir müssen aufstehen. Jetzt gilt es einzutreten für 1. Herbeiführung eines baldigen Präliminarfriedens. Die für das deutsche Volk lebensnotwendige Gestaltung des Friedens ist mit Nachdruck herauszuarbeiten. Presse, Parteien und Organisationen, das ganze Volk, müssen sich zu dieser Arbeit vereinen. 2. Wiederbelebung und Sicherung unseres Wirtschaftslebens. In wirtschaftlichen Experimenten ist jetzt keine Zeit. Millionen heimkehrender Krieger ist Arbeit und Verdienstmöglichkeit zu schaffen. Den Kriegesbeschädigten muß Hilfe jeglicher Art zuteil werden. Die Landbevölkerung muß ihrerseits die Volksernährung aufrechterhalten. Unbefugte Eingriffe in das Verkehrsweesen sind schärfstens zurückzuweisen. Politische Rechte allein helfen dem Volke nicht, wenn es nichts zu essen hat. 3. Schnellige Einberufung der Nationalversammlung.

Unsere Feinde erklären: Ohne konstituante keinen Frieden und kein Reich! Ohne Nationalversammlung ist auch die Zusammenfassung des deutschen Volkes zu vereinter Kraft nicht möglich. Bei dem gegenwärtigen Wirrwarr gehen im Aus- und Inlande Milliardenwerte verloren, die in den nächsten Jahrzehnten vom deutschen Volke wieder erarbeitet werden müssen. Deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte, fordert Präliminarfrieden und Wohl! Schließt euch uns an!

Deutsch-demokratischer Gewerkschaftsbund.

Wie dringend notwendig gerade die baldige Ordnung im Reich ist, zeigen die Sonderbestrebungen, die in Bayern, Hannover und im Osten Deutschlands sich vorbereiten scheinen. Das kommt daher, daß eben jede zentrale Gewalt fehlt und überall alles drunter und drüber geht. So muß die sozialdemokratische „Vollstimme“ in Duisburg zugeben, „daß augenblicklich unter den Arbeiter- und Soldatenräten ein wildes Durcheinander herrscht.“

Auf der Tagung der Großberliner Arbeiterräte am 25. November führte der sozialdemokratische Volksbeauftragte Paris aus:

„Wenn es so weitergeht, wie es in der letzten Woche gegangen ist, sind wir mit unserem Vaterland zu Ende. Das Kriegsernährungsamt hat förmlich eine Bankrottbescheinigung (d. h. seit der Revolution). Die Kohlenförderung ist in den letzten vier Wochen auf weniger als den vierten Teil des Friedensstandes heruntergegangen. Obwohl selbst die härtesten Forderungen bewilligt wurden, trotzdem werde in Oberschlesien gestreikt. Wenn wir aus Oberschlesien die schwarzen Diamanten nicht mehr bekommen, dann ist in 14 Tagen Gas und Elektrizität außer Betrieb. Wenn wir nicht

feuern können, können wir auch nicht produzieren. Ebenso schlimm ist es in der Transportfrage.“

Die gleiche Ansicht sprach in einer Duisburger Versammlung der Beamte des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes, Rudolf, aus, wo er ausführt:

Er könne sich denken, daß es idealere Zustände gebe als unter der Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte. Man wolle nicht in den Fehler der Diktatur fallen, sondern sämtliche Volksgenossen sollen mitarbeiten an der Herbeiführung geordneter Zustände. Deshalb brauche man doch nicht die Macht aus der Hand zu geben. Augenblicklich bilden jeder U- und S-Rat der verschiedenen Städte eine kleine Republik für sich, die keine Verbindung zu den anderen Städten habe und aus Egoismus Anordnungen treffe, die dem Gesamtwohl schaden. Deshalb müßten diese Zustände sehr schnell aufhören, denn sonst führten sie zum Ruin des gesamten Volkes.

Wie sehr schlimm gerade infolge des Mangels einer einheitlichen Zusammenarbeitens unsere Lebensmittelverhältnisse seien, darüber gibt Staatssekretär Erzberger in der „Germania“ folgenden äußerst ernsten Aufschluß:

„In den Ernährungsverhältnissen sind bei uns schreckliche Zustände eingerissen. Getreide und Lebensmittel werden in einer Masse erstickt, die bis Ende Dezember reicht. Die täglichen Zufuhren betragen jetzt 30 000—35 000 Tonnen. Das sind im Laufe des Dezember ungefähr 900 000 bis eine Million Tonnen, ungefähr ein Viertel des normalen Bedarfs, so daß wir direkt vor einer Katastrophe stehen. Die bis dahin herangeschafften Vorräte reichen längstens bis zum 10. Januar. Dazu kommt die ganze gefährdete Lage auf dem Kohlenmarkt. Die Arbeiter- und Soldatenräte meinen anscheinend, daß die Arbeiter nichts anderes mehr zu tun brauchen, als zu wählen. In Braunschweig hat der Arbeiter- und Soldatenrat verfügt, daß die Arbeiter sämtliche Gemüsekonzerven unter sich verteilen. Ein ähnlicher Vorgang wird aus Hamburg gemeldet, wo große Tran- und Fettlager, die der Allgemeinheit dienen sollten, zur Verteilung gebracht werden. Gegenwärtig sucht jeder, der in der Gewalt ist, so viel für sich zu gewinnen, wie irgend möglich.“

Wie sich manche Leute, die jetzt an der Spitze stehen, auf Kosten der Allgemeinheit „segnen“, darüber klagt in bitterer Tone der Vorsitzende des U- und S-Rates des 3. Armeekorps:

„Beim Volkzugrat in Berlin ist die ableiste Korruption eingerissen. Kann es in der gegenwärtigen Zeit noch verteidigt werden, daß Mitglieder des Berliner Volkzugrates an Aufwandsentschädigungen jährlich 20 000 Mark liquidieren? Die Boten des Abgeordnetenhauses, die für Botengänge in der Stadt bestimmt sind, haben den Titel Kurier erhalten und beziehen ein tägliches Einkommen von 30 Mark. Konstantin erhalten 35—40 Mark pro Tag! Ein gewisser Herr Gehardt hat es zutage gebracht, seine ganze Verwandtschaft in Stellen um sich herum unterzubringen. Es finden sich unter den Angestellten jetzt kein Schwager, kein Onkel, keine Tante, eine Kusine und ein Wetter. Der Protest des ganzen Volkes muß gegen eine solche Korruption laut werden.“

Auch die „Frankfurter Zeitung“, das Blatt der Hochfinanz, das mit der Sozialdemokratie so ziemlich durch die und drüber geht, stößt folgende Klagen aus:

„Die Mißwirtschaft, die in diesen Wochen zu Tage getreten ist, begünstigt den Separatismus und ist eine Freude für das feindliche Ausland, das nur auf den Augenblick wartet, um es einen Vorwand finden kann, sich in unsere inneren Verhältnisse zu mischen. Die militärische Diktatur von oben ist durch die Revolution beseitigt, aber man hat sie durch eine Diktatur von unten ersetzt, nur daß diese sich drückender bemerkbar macht und dabei an positiven Leistungen unerschütterlicher ist als jene. Statt den Trümmerhaufen, den der Zusammenbruch des alten Systems ergeben hatte, auf das schnellste zu beseitigen, haust man neue Trümmer auf die alten, um einen „Regierungssimmel“ zu betätigen, der uns der Freund und Feind in Mißkredit bringen muß, zumal wenn man sieht, was für bedeutungsvolle Elemente sich zu Macht und Einfluß zu bringen wissen.“

Augenblicklich herrscht der schlimmste Wirrwarr und das schlimmste Durcheinander. Das ganze Volk hat das größte Interesse an Ordnung besonders bei den Lebensmittelverhältnissen. Wir stehen auf dem Boden der Ordnung und fordern die schärfste Disziplin. Unruhe und Unordnung, gleichviel von welcher Seite sie kommen, führen unser deutsches Volk nur noch tiefer in den Sumpf. Nur die Ordnung kann uns vor dem völligen Verderben retten.

Daher ist schnellste Einberufung der Nationalversammlung notwendig.

Sozialismus und Christentum

Zu keiner Zeit haben sich diese beiden Gedankenwelten so gegenübergestellt, als gerade in unseren Tagen, wo es gilt, die Massen zu sammeln um diese oder um jene Fokale, Ruhe und Ordnung zu erhalten und gegen den Bolschewismus, den Unfrieden und Herabwürdigung im Volk zu kämpfen.

Der bläher durchweg unblutig verlaufenen und offenbar wohlorganisierten Revolution brachte uns der Sozialismus in die Gefahr, daß die Ordnung an sehr sehr vielen Stellen zerbröckelnd und das Chaos zur Wirklichkeit wurde.

Die gegenwärtige reichsdeutsche Revolution ging hervor aus einem Sozialismus der Gewalt und sie kann folglich ihrem Wesen nach auch nur vor der Gewalt Halt machen.

Aus dem Sozialismus hat sich sowohl die Gedankenwelt der gemäßigten Sozialdemokratie, der Unabhängigen als auch der Spartakusleute herausgebildet.

Wie es gerade da zugeht, hat die letzte Sturmflut im Berliner N- und S-Rat, der sich mit dem Vollzugsrat, welcher fast ganz aus radikalen Elementen besteht, in den Haaren hatte und wo man die schmerzlichen Anklagen gegeneinander schleuderte.

Gerhard: Noch bin ich Mitglied des Vollzugsrates. Im Abgeordnetenhaus und Herrenhaus besteht bei den Soldatenräten die größtenteils militärische und eine ausländische Bettler- und Bettlerinnen-Gesellschaft bei hohen Löhnen.

Collin-Roth: Wir sehen im Vollzugsrat Herrschaft und eine böse Finanzwirtschaft. Die Tagelöhner der Vollzugsratsmitglieder mit 50 Mark für den Tag, der Kurier mit 40 Mark und der der Schreibstulens mit 30 Mark sind unerhört hoch.

Wöllner: Unter der alten Regierung ist manches Schlimme gegangen, aber jetzt geht es noch viel schlechter.

Auf diese „Ordnung der Dinge“ mögen sich unsere Kollegen einen Versuch machen. Wenn das so weiter geht, heißt Deutschland vor dem vollständigen Ruin.

Der Sozialismus stellt alles einseitig ein. Daher geht auch seine sogenannte große Forderung nach „Brüderlichkeit und Völkervereinigung“ aus Klassenhaß und Klassenkampf hervor.

Dort haben die Sozialisten Verstand und Trost die Pressefreiheit vollständig abgeschafft und dem ganzen Reichsland ihren Willen und ihre Meinung aufzuzwingen versucht.

„Den alten Revolutionär Hugo, einen Mann, der der Monarchie so viele Schläge beibringt hat, im Gefängnis schmachten zu lassen, weil er sich in der Rolle eines Bestrafers der politischen Parteien gefallt, — ist eine Schande für die Revolution.“

So steht in Wahrheit sozialistische „Verherrlichung“ am. Das Verbrechen gibt den Worten „Brüderlichkeit und Völkervereinigung“ nicht den Sinn des Klassenkampfes und des vollständigen Kampfes mit den sozialistischen Herrschern.

Der französischen Revolution, — sondern vielmehr den Geist und Sinn der Nächstenliebe, sowie friedlicher Ueberbrückung und Milderung der Klaffengegensätze, und beweist die ganze soziale Entwicklung unserer Tage auf den Weg der ordnungsmäßigen Gesetzgebung, und der vorläufigen gesetzlichen Umgestaltung der bestehenden Ordnung.

Sage nicht: Die Zeit ist schlecht! Dadurch laß dich nicht niederdrücken. Schau auf deine Organisation Da geht es vorwärts. Willst du vielleicht als gleichgültiges Mitglied hinterher humpeln? Du mußt mit in der ersten Reihe marschieren. Das bist du dir selbst schuldig. Nur die Arbeit im christlichen Metallarbeiter-Verbande kann Dir als christlichem Metallarbeiter nützen!

An die Arbeiter und Angestellten in Heer und Marine!

- Den Klassenkampf ist abgeschlossen und mit der Durchführung der Kruppen haben die Entlassungen bereits begonnen. Die Demobilisierung stellt das deutsche Volk vor eine gewaltige Aufgabe. Es gilt, Millionen Unterkommen und Lebensmittel sowie Arbeitsgelegenheit zu beschaffen.
- Dies ist ein sehr wichtiger organisatorischer Vorarbeit. Der gewaltige Reichsbescheid muß von der Kriegsauf Friedensarbeit umgewandelt werden. Das Transportwesen, die Arbeitsvermittlung, die Beschaffung für Kranke, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene müssen wohlgeordnet werden, so daß sie allen Ansprüchen genügen. Die Arbeitsvermittlung, die Beschaffung für die heimkehrenden Krieger und deren Familien erfordert besonnenste Lösung.
- Die deutschen Gewerkschaften haben sich der Vollregierung für die Demobilisierung und die wirtschaftlichen Notmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Ihre weitverbreitete Organisation, ihre im Wirtschaftlichen und wirtschaftlichen Leben geübten Verbindungen können vieles zur richtigen Ueberführung der Kriegs- zur Friedenswirtschaft beitragen. Sie haben jetzt eine Menge der beständigsten Kräfte vom Friedensdienst freigesetzt. Die Gewerkschaften brauchen diese Kräfte dringend, um sie entgegen den Schwierigkeiten aller Arbeiter und Angestellten in Heer und Marine, bei der sofortigen Entlassung der hier unentbehrlichen Organisationskräfte in die Heimat keine Schwierigkeiten bereitet werden zu können. Es ist zu hoffen, daß es zu ihrer Entlassung kommen kann. Die deutschen Gewerkschaften haben sich den Gewerkschaften gegenüber verpflichtet, jeden Arbeiter und Angestellten wieder zu finden und den Krieg unangenehme Pläne zu beschleunigen!
- Arbeit euch jeder selbst nach der Stärke in euren Heimorten bei den Gewerkschaften an. Ihr für eine Karte einholen!
- Die Gewerkschaften unterstützen jeder an euch, heißt zu sorgen, daß die militärische Demobilisierung sich in Ruhe und Ordnung vollzieht. Bietet eine schmerzlose Entlassung an. Eine Stelle wird euch zur Verfügung gestellt. Jede Beschäftigung der Militärs, jede Durchsetzung der politischen Maßnahmen geschieht bei dem Heimeinsatz, das auch die Befreiung von Krieg und Arbeit sichern soll.
- Schreibt jetzt, daß ihr euch in euren Heimorten Bürger eines jeden Bundesrats fühlt. Sorgt für Ordnung!
- In Auftrag der deutschen gewerkschaftlichen Organisationen und Kampfbundvereine:
- Der Gewerkschaften der christlichen Gewerkschaften Deutschlands 94. C. Leipzig.
- Gewerkschaft der christlichen Gewerkschaften 94. H. Stiergenwalde.
- Bund der deutschen Gewerkschaften 94. H. Hartmann.
- Arbeitsgemeinschaft für die heimkehrenden Krieger 94. E. Wehlitz.
- Arbeitsgemeinschaft für Kriegshinterbliebene 94. E. Haffendorf.
- Arbeitsgemeinschaft der heimkehrenden Krieger 94. Dr. Hilla.

Die „Taten“ des Bolschewismus

Maxim Gorky, der russische Sozialist, schreibt über den Bolschewismus in Russland und seine fürchterlich schädigenden Handlungen: Die Revolution vertreibt sich...

Die zügellose Demagogie der Menschen, die die Revolution „vertreiben“, bringt ihre Früchte, die für die bemutetsten und aufgeklärtesten Vertreter der sozialen Interessen der Arbeiterklasse verwerflich sind.

Die Revolution vertreibt sich zum „größeren Ruhme“ der Menschen, die am lebendigen Leibe der Arbeiterklasse ihre Experimente anstellen.

Die Arbeiter aber, die die Tragik des Moments begreifen, sind von der größten Sorge um das Schicksal der Revolution erfüllt.

„Ich fürchte“, schreibt mir einer von ihnen, „daß der Tag nicht mehr ferne ist, wo die Massen, die im Bolschewismus keine Verteidigung gefunden haben, jeden Glauben an eine bessere Zukunft und an den Sozialismus verlieren und ihre Blide wieder in die finstere Vergangenheit richten und sich dem Monarchismus zuwenden.“

„Ich glaube, daß dies eintreten muß, denn der Bolschewismus wird die Hoffnungen der ungebildeten Massen nicht erfüllen können, und ich weiß nicht, was wir, die wir uns in der Mitte dieser Massen befinden, tun sollen, um den Glauben an den Sozialismus und an ein besseres Leben auf Erden vor dem Verlöschen zu bewahren.“

„Die Lage eines einigermaßen aufgeklärten Arbeiters innerhalb der nützlich gewordenen Masse ist die eines Menschen, der sich unter seinen eigenen Brüdern fremd fühlt,“ teilt mir ein anderer mit.

Solche Klagen, die man immer öfter zu hören bekommt, weisen auf die drohende Möglichkeit einer tiefen Spaltung im Schoße der Arbeiterklasse hin.

„Sie sollten sich doch freuen, Genosse, daß das Proletariat gestützt hat!“

Ich habe keinen Grund mich zu freuen: das Proletariat hat niemanden und nichts besetzt. Ebenso wie es selbst unterdrückt wurde, so ist auch jetzt, wo es selbst die Bourgeoisie an der Gurgel gepackt hat, diese Bourgeoisie noch nicht besetzt worden. Die Sieger sind gewöhnlich großmütig, — vielleicht weil sie müde sind; das Proletariat ist aber nicht großmütig, wie man es im Falle Paulina, Volodya, Konowlow, Kowalki, Kartschom, Dolgorukij usw., die, man weiß nicht wofür im Gefängnis schmachten, sehen kann.

Außer den genannten Menschen hungern in den Gefängnissen Tausende, — sowohl Tausende — Arbeiter und Soldaten.

Nein, das Proletariat ist weder großmütig, noch gerecht die Revolution hätte aber im Lande die größtmögliche Verwirklichung erröhen müssen.

Das Proletariat hat nicht gestützt; im ganzen Land tobt der Bürgerkrieg; Hunderte und Tausende von Menschen mordeten einander hin. Bolschewistische Menschen gehen in der „Straße“ „Schlacht die Bourgeoisie tot! Schlacht die Anhänger Kalebins tot!“ Die Bourgeoisie und die Anhänger Kalebins sind aber dieselben Bauern und Arbeiter; sie werden hingenordet und werden ihrerseits die Rotgardisten.

Wenn doch der Bürgerkrieg nur darin bestünde, daß Herr Lenin Herrn Milinow bei seinen klein-bourgeoischen Haaren packte, und Milinow Lenin bei seinen äpplichen Locken dann könnte man jagen: „Bitte sehr, raucht nur ihr Herren!“

Es rauchen aber nicht die Herren, sondern die Knechte und es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß diese Knechte bald ein Ende nimmt. Wie soll man sich freuen, wenn man die gefährlichsten Elemente des Landes zugrunde gehen und einander vernichten sieht? Durch die Straßen ziehen aber Tausende von Menschen und schreien, als ob sie sich selbst verhöhnen wollten: „Es lebe der Friede!“

Das Volk hat sich der Banken bemächtigt? Das wäre gut, wenn in den Banken Brot aufgespeichert wäre, mit dem man wenigstens die Kinder sättigen könnte. In den Banken liegt aber kein Brot; die Kinder hungern, und die Sterblichkeit unter ihnen nimmt von Tag zu Tag zu.

Der Bürgerkrieg hat die Eisenbahnen lahmgelegt; wenn die Bauern auch Brot hergeben würden, so könnte man es nicht so bald in die Städte bringen.

Am meisten erlaubt und erschreckt mich aber, daß die Revolution keinerlei Anzeichen einer geistigen Wiedergeburt des Menschen in sich trägt, daß sie die Menschen weder ehrlicher macht, noch ihre Selbstbeherrschung und die moralische Wertung ihrer Arbeit hebt.

Es gibt natürlich Menschen, die stolz einhergehen und an einem berufsmäßigen Ringkämpfer erinnern, der eben seinen Gegner auf den Rücken geworfen hat; von solchen Leuten lohnt es sich gar nicht zu sprechen. Aber im allgemeinen, der Klasse kann man nicht anmerken, daß die Revolution das soziale Gefühl im Menschen gehoben hätte.

Das ist ein schlechtes Zeichen: es zeigt davon, daß die physische Gewalt sich bloß verhöhen hat; diese Verhöbung kann aber das Wachstum der geistigen Kräfte nicht beschleunigen.

Der Sinn des Lebens und die Rechtfertigung aller seiner Gemeinheiten kann nur in der Entwicklung aller unserer geistigen Kräfte und Fähigkeiten liegen.

„Es ist noch zu früh, davon zu sprechen; zuerst müssen wir die ganze Gewalt in unsere Hand bekommen.“

Es gibt ein gemeineres Gift als die Gewalt über seine Mitmenschen; daran müssen wir immer denken, damit wir von der Gewalt nicht vergiftet werden und nicht zu noch abgehörlicheren Verbrechen gezwungen werden als die, gegen die wir unser ganzes Leben lang gekämpft haben.

